



PALÄSTINA-INFO

ZEITUNG DER PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL



**Alles, was recht ist –
Zur Rolle des Völkerrechts
im Palästina-Konflikt | Seite 2**



**Drohnenkrieg –
Tod aus heiterem Himmel | Seite 5**



**Israels Krieg gegen palästinensische
Kinder und Jugendliche | Seite 8**

Queer in Palästina | Seite 12

Wandern im besetzten Land | Seite 14



Alles, was recht ist – Zur Rolle des Völkerrechts im Palästina-Konflikt

Birgit Althaler

In allen Kernfragen des Palästina-Konflikts steht das Völkerrecht auf Seiten der PalästinenserInnen, so UN-Sonderberichterstatter Richard Falk. Warum geniessen sie dann heute weniger Freiheiten und Rechte als je zuvor? Die Frage verweist auf die Schwierigkeit der Durchsetzung völkerrechtlicher Normen. Im Rahmen der Israeli Apartheid Week 2014 erläuterte Ingrid Jaradat, welche Ansätze dazu in der palästinensischen Zivilgesellschaft diskutiert werden. Wir fassen hier die wichtigsten Aspekte zusammen.



Proteste gegen US-Komplizenschaft mit Israel, 2002

Das Völkerrecht ist keine unveränderliche Grösse, sondern wird im Zuge sich verändernder Konfliktlagen und Wertvorstellungen laufend weiterentwickelt. Da es keine umfassende Gerichtsbarkeit und Exekutivgewalt kennt, hängt die Durchsetzbarkeit völkerrechtlicher Normen stark von den Interessen und dem Willen der Staaten und vom Druck ab, den die Zivilgesellschaft und andere Akteure auf Regierungen aufbauen können. In palästinensischen Kreisen wird seit einiger Zeit intensiv diskutiert,

wie das Völkerrecht besser genutzt werden kann, um die Rechte der PalästinenserInnen durchzusetzen. Unterstützt werden diese Bemühungen von Völkerrechtlern wie Richard Falk und John Dugard, die als UN-Sonderberichterstatter für die besetzten Gebiete tätig waren, und von NGOs, die vor Ort präsent sind. Die Debatte ist als Reaktion auf den vorherrschenden machtpolitischen Zugang des Oslo-Prozesses zu verstehen, in dem der Palästina-Konflikt in den letzten zwanzig Jahren verhandelt wurde.

Das System Oslo

Die 1993 lancierten sogenannten Friedensverhandlungen zwischen Israel und den PalästinenserInnen sind nicht nur „gescheitert“, wie hinlänglich bekannt ist. Sie beruhten vielmehr auf einem institutionellen Rahmen, der die israelische Vorherrschaft und Kontrolle über alle wesentlichen Bereiche wie Land, Ressourcen, Bevölkerung, Wirtschaft und Grenzen für das gesamte historische Palästina festigte. Der palästinensischen Seite wurden begrenzte Autonomierechte und Überwachungsaufgaben zugeteilt und die Lösung aller Kernfragen im Zuge eines fünfjährigen Verhandlungsprozesses in Aussicht gestellt. Von Selbstbestimmung oder einem eigenen Staat ist in den Oslo-Abkommen entgegen einem weitverbreiteten Irrtum nirgends die Rede.

Das Besondere am System Oslo, um einen Begriff der Politologin Helga Baumgarten aufzugreifen, ist, dass unter Schirmherrschaft der USA auf israelischen Wunsch hin ein bilateraler Verhandlungsrahmen festgelegt wurde, in dem das machtpolitische Kräfteverhältnis entscheidend ist und nicht völkerrechtliche Kriterien. Die PLO hatte seit den 70er-Jahren erfolglos auf eine Lösung gepocht, die im Rahmen einer multilateralen Konferenz ausgearbeitet werden und sich auf das Völkerrecht und die Menschenrechte stützen sollte.

Das Ergebnis des 1993 eingeleiteten Oslo-Prozesses ist bekannt: Israel konnte seine Präsenz in den besetzten Gebieten massiv ausbauen, die Politik der ethnischen Säuberungen fortsetzen und auch im Inneren den Druck auf die palästinensischen BürgerInnen erhöhen. Die PalästinenserInnen sind dagegen fragmentierter und rechtloser und ihre sozioökonomische Lage ist desolater denn je. Die westlichen Staaten – einschliesslich der EU und der Schweiz – halten trotzdem an dieser machtpolitischen Konstellation fest und federn die Folgen des perspektivlosen Verhand-

lungsprozesses durch Entwicklungs- und humanitäre Hilfe ab, wobei diese an neoliberale Strukturreformen gekoppelt werden. Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt mittlerweile gar nicht mehr auf der Erreichung von Frieden oder einer Lösung, sondern es geht nur noch um die Beibehaltung dieses illusorischen Prozesses an sich. Das hat zu einer Politik der Straflosigkeit geführt, in der Israel Völker- und Menschenrechtsverletzungen begehen kann, ohne politisch, finanziell oder rechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

Inhaltlich brachte das System Oslo eine Einengung des Fokus auf die besetzten Gebiete. Die Situation der PalästinenserInnen in Israel wurde als interne Angelegenheit Israels betrachtet und ausgeklammert. Für die palästinensischen Flüchtlinge, die dritte und grösste Gruppe des palästinensischen Volks (siehe Kasten), setzte sich rasch die Haltung durch, das Recht auf Rückkehr sei im Rahmen einer symbolischen Lösung mit einer für Israel annehmbaren Quote beizulegen – ein Credo, das seither von vielen unhinterfragt nachgebetet wird. Insgesamt spielten Völkerrecht und Menschenrechte in den verhandelten Lösungsansätzen eine marginale Rolle.

In diesem Kontext und angesichts der kontinuierlichen Verschlechterung der Lage vor Ort fand in der palästinensischen Zivilgesellschaft schnell eine Rückbesinnung auf Kernfragen des Konflikts statt, die im Oslo-Prozess unter die Räder geraten waren: In den Flüchtlingslagern begann eine intensive Auseinandersetzung mit der Nakba und dem Recht auf Rückkehr, und die PalästinenserInnen in Israel thematisierten ihre systematische Diskriminierung als BürgerInnen zweiter Klasse. In den besetzten Gebieten hat die Palästinenserbehörde und die internationale Gemeinschaft ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität mittlerweile weitgehend eingebüsst. Palästinensische wie auch internationale Menschenrechtsorganisationen und Ex-

perten pochen darauf, die Diskussion über eine Lösung des Konflikts wieder auf eine völkerrechtliche Grundlage zu stellen und Israel zur Verantwortung zu ziehen.

Der Palästina-Konflikt und die UNO

Nun steht die Behandlung des Palästina-Konflikts in der UNO keineswegs nur unter einem guten Stern. Vielmehr begann sie mit einer dramatischen Verletzung des damals geltenden Völkerrechts, als die UNO 1947 in einer Resolution gegen den Willen der einheimischen Bevölkerungsmehrheit die Teilung Palästinas vorschlug und zudem ablehnte, die Zuständigkeit der UNO überprüfen zu lassen. Dieser Fehlentscheid war ein wesentlicher Auslöser für den darauf folgenden Krieg, der von der zionistischen Führung zu einer massiven ethnischen Säuberung genutzt wurde.

Seither haben sich UNO und Völkerrecht jedoch weiterentwickelt. Neue Abkommen wurden beschlossen, die auch für die PalästinenserInnen gelten. Die UNO bestätigt regelmässig das Recht der Flüchtlinge von 1948 und von 1967 auf Rückkehr. Ebenso bestätigt sie regelmässig, dass der Rückzug aus den besetzten Gebieten die Grundlage für eine Lösung sein muss. Seit den 70er-Jahren anerkennt die UNO das Recht des palästinensischen Volks auf Selbstbestimmung. Zudem werden in UNO-Resolutionen die israelische Annexion von Ostjerusalem und die Siedlungen in den besetzten Gebieten als illegal verurteilt, um nur einige der Beschlüsse zu nennen. Unbefriedigend ist dagegen das weitgehende Fehlen konkreter Umsetzungs- und Sanktionsmechanismen, sodass viele Resolutionen rein deklamatorischen Charakter haben.

Dennoch und gerade weil in Bezug auf diesen Konflikt die Rechte der PalästinenserInnen so sehr vernachlässigt und verletzt wurden, besteht unter diesen heute ein breiter Konsens darüber, dass neue Lösungsansätze auf Völkerrecht und



Poster zum Rückkehrrecht

Menschenrechten basieren und diese respektieren müssen.

In Grundzügen wurde ein solcher Ansatz erstmals 2004 im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Mauer formuliert. Dieses war in dreierlei Hinsicht wegweisend: Erstens erhielten die PalästinenserInnen erstmals seit 60 Jahren Zugang zum Internationalen Gerichtshof; zweitens führte das Gutachten systematisch die Rechtsgrundlagen für die israelischen Völkerrechtsverletzungen auf; und drittens formulierte es Empfehlungen auch an Drittstaaten.

Systematik der Völkerrechtsverletzungen

Aktuell versuchen nun zivilgesellschaftliche Akteure, auf der Basis des heutigen Verständnisses von Völkerrecht die israelischen Verletzungen für alle betroffenen Gruppen von PalästinenserInnen systematisch darzustellen und rechtliche Konsequenzen zu erfassen, und zwar von den Anfängen bis heute.¹ Ein Gutachten oder eine UNO-Studie

zu einer so umfassenden Fragestellung liegt bislang nicht vor. Aus den Bemühungen um systematische Erfassung und Strukturierung der israelischen Völker- und Menschenrechtsverletzungen lassen sich einige zentrale Handlungsmuster der israelischen Politik erkennen, die seit 1948 konstant sind und auf unterschiedliche Weise auf alle drei Gruppen von PalästinenserInnen zutreffen. Sie lassen sich grob in folgende Bereiche einteilen: Vertreibung und Zerstörung von Eigentum, Entzug bzw. Ausschluss von Bürgerrechten, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Segregation, das Vorenthalten von Ressourcen und die Verfolgung und Unterdrückung von Widerstand (Überblick siehe Kasten). Mit diesen Handlungsmustern werden PalästinenserInnen seit 1948 diskriminiert, Völker- und Menschenrechte systematisch verletzt, aber auch Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.

Diese Fakten an sich sind weitgehend bekannt. Neu am aktuellen Ansatz ist, dass diese Handlungsmuster auch der völkerrechtlichen Definition von Apartheid (Konvention von 1973 und Römer Statut) und Kolonialismus zugeordnet werden. Zu den als Apartheid definierten Handlungen zählen z.B. Zwangsumsiedlungen, Vertreibungen und der systematischen Entzug von Grundrechten, zu typisch kolonialen Handlungen zählt

die Verletzung von territorialer Integrität durch Siedlungen, Annexion, die Verletzung von Souveränität über natürliche Ressourcen, die Beraubung der Möglichkeit, sich selbst zu regieren, die Unterdrückung des freien Meinungsausdrucks und der Ausübung von Kultur sowie die Integration der palästinensischen Wirtschaft in die israelische. Einschränkend ist festzuhalten, dass das Konzept des Kolonialismus im Gegensatz zu Apartheid im geltenden Völkerrecht nur auf die 1967 besetzten Gebiete anwendbar ist.

Relevanz des neuen Ansatzes

Für die politische Arbeit sind diese Ansätze und Strategien in mehrerer Hinsicht relevant. Der Einbezug aller betroffenen PalästinenserInnen seit 1948 hilft, die aktuelle Fragmentierung der Palästina-Frage zu überwinden, weil deutlich wird, dass alle von derselben Politik betroffen sind. Die Benennung dieser Verbrechen führt wieder auf die Kernprobleme des Konflikts zurück, die es zu lösen gilt. Apartheid und Kolonialismus sind zudem in vielen ehemals kolonialiserten Ländern verpönt, was den PalästinenserInnen hilft, Unterstützung zu erhalten, z.B. bei Beschlüssen in der UNO.

Nicht zuletzt sind Apartheid, Kolonialismus und Zwangsumsiedlungen Völkerrechtsverletzungen, aus denen Drittstaaten klare Verpflichtun-

gen erwachsen. Das gilt zwar schon bislang für bestimmte Verstöße gegen die UNO-Charta und das Völkergewohnheitsrecht, z.B. für die Annexion von besetztem Gebiet und die Verhinderung des Rechts auf Selbstbestimmung, wie das Mauergutachten klar feststellt. Drittstaaten sind bei solchen Vergehen angehalten, diesen Unrechtszustand nicht als legitim anzuerkennen und zu unterstützen, und wären verpflichtet, zu kooperieren, um den Unrechtszustand zu beenden und Reparationen durchzusetzen.

Auf staatlicher Ebene hatte das Mauergutachten jedoch keine konkreten Schritte nach sich gezogen. Das war einer der Gründe, warum die palästinensische Zivilgesellschaft 2005 die BDS-Kampagne lancierte, die sich auf das Völkerrecht stützt. Denn ein Jahr nach dem Gutachten war klar, dass für die Durchsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels und anderer Staaten zivilgesellschaftlicher Druck unumgänglich ist. Sollte sich die Analyse durchsetzen, dass es sich in Palästina zusätzlich zu den schon identifizierten Verbrechen faktisch um Apartheid und Kolonialismus, Zwangsumsiedlungen und Vertreibung handelt, besteht die Hoffnung, Staaten tatsächlich auf ihre Verpflichtungen behaften zu können. Dafür ist eine breite Informationskampagne und die Auseinandersetzung mit den Mechanismen des Völkerrechts nötig, die AktivistInnen spontan oft nicht genügend vertraut sind.

Ingrid Jaradat Gassner war viele Jahre lang Direktorin der palästinensischen NGO Badil, die sich für die Flüchtlingsrechte einsetzt. Sie ist Mitbegründerin der palästinensischen BDS-Kampagne und arbeitet heute für die Civic Coalition for Palestinian Rights in Jerusalem.

PalästinenserInnen heute

Wie viele

~ 11,6 Mio., davon ~ 5,8 Mio. ausserhalb des historischen Palästinas
~ 5,8 Mio. innerhalb des historischen Palästinas

Wo

mehrheitlich Flüchtlinge in den Nachbarländern und weltweit
~1,65 Mio. in Israel
~1,7 Mio. im Gazastreifen
~2,2 Mio. im Westjordanland
~250.000 in Ostjerusalem

Laut PLO-Statut und UNO gelten als PalästinenserInnen alle, die bis 1948 im damaligen Palästina gelebt haben und zur Staatsbürgerschaft berechtigt waren, sowie ihre Nachfahren. In einer völkerrechtskonformen Lösung des Konflikts müssen die Rechte aller PalästinenserInnen berücksichtigt werden.

1 Eine Systematik der israelischen Völker- und Menschenrechtsverletzungen unter www.bds-info.ch oder bestellen unter kontakt@bds-info.ch

Drohnenkrieg – Tod aus heiterem Himmel

Peter Haenger

Sie sind gross wie Flugzeuge oder klein wie Insekten. Mit ihnen lassen sich Territorien lückenlos überwachen und Menschen aus der Ferne töten. Die Rede ist von „unmanned aerial vehicles“ – kurz UAVs oder auch Drohnen genannt. UAVs stellen einen gewaltigen Wachstumsmarkt dar, in dem die USA führend sind. In ihrem Buch beleuchtet die Friedensaktivistin Medea Benjamin die Hintergründe einer neuartigen Kriegstechnologie.



Ecke des Hauses der Familie ,Allaw, in dem am 5.1.2009 der zehnjährige Mu'min ,Allaw durch eine von Drohnen abgefeuerte Rakete der israelischen Armee getötet wurde © Human Rights Watch/Marc Garlasco

Spätestens seit dem US-Thriller „Syriana“ aus dem Jahre 2005 kann sich ein westliches Massenpublikum ein Bild des von Medea Benjamin beschriebenen „Tods aus heiterem Himmel“ machen. In einer Schlüsselszene des Films stehen CIA-Oberre vor einer Vielzahl von Bildschirmen und geben einem Soldaten am Joystick den Befehl, das „Ziel“ aus-

zulöschen. Das „Ziel“ ist ein arabischer Fürst, der den Interessen von Big Oil im Wege steht. Er und seine Familie werden von einer Hellfire-Rakete getötet, die von einer Predator-Killerdrohne abgeschossen wurde. Als „Kollateralschaden“ bleibt der desillusionierte CIA-Agent Bob Barnes, gespielt von George Clooney, auf der Strecke. Er wollte den

Emir im letzten Moment vor einem Komplott warnen und stand beim Einschlag der Rakete direkt neben dessen Land Cruiser.

Von Medea Benjamin lernen wir indes, dass der Drohnenkrieg etwas komplexer abläuft. Die meisten der US-amerikanischen Killerdrohnen über Pakistan und Afghanistan werden von Stützpunkten in der Wüste von Nevada aus gelenkt. Vor den Bildschirmen sitzt ein Pilot, der die Drohne mit einem Joystick lenkt. Ihm zur Seite steht ein Kollege, der für die Bedienung der Sensoren verantwortlich ist. Er kontrolliert die Kamera, die das Schlachtfeld für ihn einsehbar machen, erhält Informationen und spürt Angriffsziele auf. Das Team in Nevada steht in direkter Kommunikation mit Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Langley in Virginia. Diese verfolgen die Live-Übertragungen von Drohnen, die über Pakistan oder Afghanistan fliegen. Sie verfolgen einen ständigen Strom von Bildern – im Soldatenjargon „Death-TV“ genannt –, der vom Schlachtfeld her auf ihre Bildschirme übertragen wird. Im nahegelegenen Hauptquartier der CIA wiederum arbeiten Nachrichtenteile eng mit Agenten vor Ort im Einsatzgebiet der Drohnen zusammen. Sie nehmen Terrorverdächtige ins Visier, aber auch Personen, deren Profil lediglich in das „Lebensmuster“ eines bewaffneten Kämpfers passt.

Den Befehl zur Eliminierung von Terrorverdächtigen gibt Präsident Obama, nachdem er sich mit Experten im Lagezentrum des Weissen Hauses besprochen hat. Der Präsident ist Oberbefehlshaber und höchster Richter in einer Person. Die Gewaltenteilung ist aufgehoben. Der Todesbefehl des Präsidenten wird von der Crew in Nevada ausgeführt. Obwohl die Drohnenpiloten Tausende von Kilometern vom Einschlagsziel ihrer Hellfire-Raketen entfernt sind, sehen sie dank der hochauflösenden Kameras an Bord ihrer Drohnen sehr genau, was die todbringenden Geschosse anrichten. In vielen Fällen wird ein und derselbe Ort in rascher Folge und zeitversetzt



Muhammad al-Habbash mit den Fotos seiner Tochter Shaza und seiner Nichte Isra, die beide am 4.1.2009 durch von Drohnen abgefeuerte Rakete der israelischen Armee getötet wurden © Human Rights Watch/Marc Garlasco

mehrmals angegriffen. Diese Praxis des sogenannten „Double Taps“ führt dazu, dass Menschen oder Rettungskräfte den Verletzten eines Angriffs nicht sofort helfen. Letztlich ist diese Art von Kriegsführung für eine Generation von Piloten gemacht, die mit Computerspielen und dem Multitasking des digitalen Zeitalters aufgewachsen sind.

Seit den Anschlägen auf das World Trade Center im Jahre 2001 führen die USA einen unerklärten Krieg gegen ihre Feinde in aller Welt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger George W. Bush schickt Friedensnobelpreisträger Barack Obama lieber Drohnen als Divisionen ins Gefecht. Das ist erstens kostengünstiger und zweitens schonender für die eigenen Truppen. Allerdings bleiben auch bei dieser Art der Kriegsführung Völkerrecht und unbeteiligte Zivilisten auf der Strecke. Die von

der Stanford University und der New York University veröffentlichte Studie „Living Under Drones“ schätzt die Todesopfer des US-amerikanischen Drohnenkriegs zwischen Juni 2004 und September 2012 allein in Pakistan auf 3325 Menschen, darunter bis zu 900 ZivilistInnen, davon knapp 180 Kinder.

In ihrem Buch räumt Medea Benjamin mit dem Mythos auf, Drohnen seien eine „narrensichere Methode, bewaffnete Kämpfer ohne Kollateralschaden zu töten.“ Das zeigt beispielsweise die Geschichte des damals fünfzehnjährigen Schülers Sadaullah, die Benjamin recherchiert hat. Bei einem Drohnenangriff auf den Gebäudekomplex seiner Familie im Norden von Waziristan kamen an einem Tag im September 2009 sein alter Onkel und zwei seiner Cousins ums Leben. Sadaullah selbst fand man bewusstlos unter den Trüm-

mern des eingestürzten Dachs. In einer Klinik in Peschawar musste man dem Jungen beide Beine amputieren. Auf einem Auge war Sadaullah infolge eines Granatsplitters blind. Für die amerikanischen Drohnenkrieger war der Angriff indes ein „voller Erfolg“. Amerikanische Medien vermeldeten die Ausschaltung einer gefährlichen Gruppe bewaffneter Kämpfer um den Topterroristen Ilyas Kashmiri, einen mutmasslichen Drahtzieher der verheerenden Terrorangriffe in Mumbai von 2008 mit 163 Toten. Alles nur ein Irrtum! In Tat und Wahrheit wurde Kashmiri erst zwei Jahre später von einer Drohne erwischt! Die Geschichte zeigt, dass die Öffentlichkeit zwar viel über gefährliche Kämpfer wie Kashmiri erfährt, aber wenig über unbeteiligte Opfer des Drohnenkriegs wie Sadaullah.

Grundsätzlich gibt es zwei verschiedene Typen von Drohnenangriffen: Bei manchen wird eine bestimmte Person ins Visier genommen, die auf einer Todesliste der CIA steht, weil sie angeblich eine Bedrohung für die USA darstellt. „Signatur-Angriffe“ hingegen gelten nicht einem bekannten mutmasslichen Terroristen, sondern vielmehr einer Zielperson, deren „Lebensmuster“ in den Augen der Drohnenpiloten zu dem eines bewaffneten Kämpfers passt. Die Identität solcher Zielpersonen ist nicht bekannt, und darüber hinaus weigert sich die US-Regierung, die „Signaturen“ oder „typischen Merkmale“ von Terrorverdächtigen offenzulegen. Wessen Lebensmuster also dem eines bewaffneten Kämpfers gleicht, der kann auf eine Todesliste der US-Regierung geraten. So kommt es zu aussergerichtlichen Hinrichtungen: Menschen werden aufgrund von Indizien zum Tode verurteilt, die vor Gericht niemals standhalten würden. Für die USA ist es letztlich akzeptabel, eigene Bürger in den Reihen der Qaida sowie Bürger anderer Staaten ohne juristische Formalitäten physisch auszuschalten.

Die juristische Rechtfertigung der USA für Drohnenangriffe in verschiedenen Staaten der Welt liefert der „globale Krieg gegen den Terror“. Die Regierung Obama hat die aussergerichtlichen Tötungen im Ausland institutionalisiert und liefert mit ihnen gefährliche Präzedenzfälle. In den stärksten Passagen ihres Buches entwickelt Benjamin das Horrorszenario eines entfesselten Drohnenkriegs. Staaten wie China, Russland, Indien, Nordkorea, die Türkei, Iran etc. haben sich die Drohntechnologie längst angeeignet. Ein gigantisches Wettrennen in diesem Bereich ist im Gange. Wer sollte solche Mächte in Zukunft davon abhalten, dem US-amerikanischen Beispiel zu folgen und vermeintliche Gegner in allen möglichen Ecken und Winkeln der Welt zu eliminieren? Dieses Zukunftsbild ist umso erschreckender, als der Drohnenpilot am Joystick schon bald der Vergangenheit angehören könnte. Denn inzwischen wird an autonomen Drohnen geforscht, die in der Lage sind, Verdächtige ohne irgendeine direkte Beteiligung eines Menschen zu töten. Aufgrund von spezieller Software können dann Menschen gejagt, identifiziert und ausgelöscht werden, ohne dass noch irgendein menschlicher Entscheidungsträger im Spiel wäre!

Was tun gegen ein solches Zukunftsszenario? Die Friedensaktivistin Medea Benjamin weist auf das „weltweite Erwachen“ im Widerstand gegen die Drohnen hin. Aktivistinnen und Aktivistinnen in den USA beschwerten sich beispielsweise direkt bei Kongressmitgliedern über die Zahl der bei Drohnenangriffen getöteten Kinder, und sie fordern die Veröffentlichung von Unterlagen zur Rechtfertigung der Drohnenangriffe gegen Terrorverdächtige. Stärker als in den USA richten sich die Antidrohnenkampagnen in Europa auch gegen Israel, das auf dem Drohnenmarkt weltweit einen führenden Platz hinter den USA einnimmt. Israels Drohnen dienen zur Überwa-

chung und Terrorisierung der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten sowie zur „gezielten“ Tötung palästinensischer Kämpfer. Der israelische Drohnenproduzent Elbit wirbt denn auch mit der „erprobten Effektivität“ seiner Hermes-Drohnen.

Kriegsmaterial für die Schweiz

Der Schweizer Armeeminister Bundesrat Maurer bezeichnet die israelischen Hermes-Drohnen als das „qualitativ Beste“, was zurzeit auf dem Markt zu kaufen sei. Die Schweizer Armee plant für das Rüstungsprogramm 2015 den Erwerb von Drohnen aus Israel im Wert von 250 Millionen Franken. Der Typenentscheid ist im Juni 2014 gefallen. BDS Schweiz hat bislang rund 12 000 Unterschriften gegen das Rüstungsgeschäft gesammelt und plant für Herbst Diskussionsveranstaltungen. Petitionsbögen zur Verhinderung dieses Geschäfts liegen auch der vorliegenden PASO-Nummer bei.

Hinweise

„*Bientot un tueur dans le ciel suisse?*“ Unter diesem Titel hat das Format Temps Présent des Westschweizer Fernsehens (rts) am 8. Mai eine Reportage zum geplanten Kauf der israelischen Drohnen durch die Schweiz ausgestrahlt. Zu Wort kommen auch Aktivistinnen der BDS-Bewegung. Die Sendung kann im Internet auf www.tempspresent.ch (Stichwort „drones“ oder Sendetitel) nachgeschaut werden.

Auch die Rundschau des Deutschschweizer Fernsehens srf hat einen Beitrag zum geplanten Kauf israelischer Drohnen durch die Schweizer Armee ausgestrahlt, und zwar am 21. Mai. Diesen Beitrag findet man auf der Website der Rundschau www.srf.ch/sendungen/rundschau/sendungen unter dem entsprechenden Datum.



Protest von BDS Frankreich an der Waffenschau Eursatory in Paris, Juni 2014



Medea Benjamin, Drohnenkrieg – Tod aus heiterem Himmel. Morden per Fernbedienung.

Aus dem Amerikanischen von Sigrid Langhäuser.

Laika-Verlag, Hamburg 2013, 200 Seiten, ISBN: 978-3-944233-05-5

Israels Krieg gegen palästinensische Kinder und Jugendliche

Agnes Küng

Misshandlung und Folter von palästinensischen Kindern und Jugendlichen bei der Verhaftung und Inhaftierung in israelischen Gefängnissen stehen an der Tagesordnung. Seit dem Jahr 2000 wurden 1520 palästinensische Kinder durch die israelische Armee getötet. Weitere 6000 Kinder wurden verwundet und mehr als 10 000 verhaftet. 200 davon befinden sich aktuell in israelischen Gefängnissen in Haft.



Verhaftungsalltag in den besetzten palästinensischen Gebieten

Mehrere Berichte von internationalen Organisationen wie Unicef und dem UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes (Kinderrechtsausschuss, CRC) weisen auf die völkerrechtswidrigen Praktiken der israelischen Besatzungsmacht hin. Jährlich werden ungefähr 700 Kinder und Jugendliche, zumeist Knaben im Alter zwischen 12 und 17, in Einzelfällen bereits ab 5 Jahren, durch Angehörige der israelischen Armee, der Polizei oder anderer Sicherheitskräfte verhaftet, verhört und in israelischen Gefängnissen gefangen gehalten.

In einem 22-seitigen Bericht der Unicef vom März 2013 wird festge-

stellt, dass Kinder und Jugendliche, die im Westjordanland durch israelische Sicherheitskräfte festgenommen werden, systematische Misshandlungen erleiden. „Diese Praktiken“, heisst es im Bericht, „verletzen Völkerrechtsbestimmungen, wonach alle Kinder vor Misshandlungen geschützt sind, wenn sie in einem Rechtsverfahren durch militärische und gerichtliche Behörden stehen“.¹

Im Juni 2013 veröffentlichte der Kinderrechtsausschuss einen Bericht, der nach zehnjähriger Untersuchung durch UNO-Menschenrechtsexperten zum Schluss kommt, dass Tausende von palästinensischen Kin-

dern von israelischen Soldaten systematisch misshandelt wurden und werden. Der Bericht nennt Praktiken wie „das Aufsetzen von Kapuzen, die Einschüchterung durch Androhung von Tötung, physischer Gewalt oder sexuellen Übergriffen gegenüber Familienmitgliedern oder den Kindern selbst, dazu verweigerter Zugang zu Toiletten, Nahrung und Wasser“.²

Traumatisierende Erfahrungen

Die palästinensische Fotografin Samar Hazboun hat mit Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen die weit verbreiteten Fälle von inhaftierten Kindern und Jugendlichen in Palästina mit Bildern dokumentiert.³ Dieses Projekt gestaltete sich äusserst schwierig, da die Kinder sich vor den Folgen eines Interviews fürchteten. Mithilfe von Freunden gelang es Samar dennoch, in Nablus und Hebron, wo die nächtlichen Überfälle des israelischen Militärs und die Inhaftierungen zum Alltag gehören, einige Kinder und Jugendliche zu finden, die bereit waren, Auskunft zu geben und Aufnahmen von sich oder ihren Familienangehörigen machen zu lassen.

Die meisten dieser Kinder litten unter verschiedenen Traumata. Einige waren nicht fähig, über ihre Erfahrungen in den israelischen Gefängnissen zu berichten, andere brachen in Tränen aus. Viele Kinder waren nur bereit, Auskunft zu geben, wenn die Aussagen nicht aufgezeichnet wurden. Oft waren es auch nur Familienangehörige, die über den Umgang des Kindes mit seinen Erfahrungen berichten konnten.

In vielen Fällen leiden die Kinder und Jugendlichen unter Schlaflosigkeit, Bettnässen, Alpträumen, Depressionen und fürchten sich, das Haus zu verlassen und anderen Menschen zu begegnen. Alle interviewten Kinder und deren Familien entschieden sich aus Furcht vor Repressalien, keine rechtlichen Schritte gegen die Inhaftierung und Misshandlungen zu unternehmen.

Beispiel 1: Der 8-jährige L.R. wurde von einer Gruppe Soldaten attackiert, als er mit seinem Cousin in der Nachbarschaft seines Hauses spielte. Er wurde von zwei Soldaten an Armen und Beinen gepackt und zu Boden geworfen. Sein Vater und seine Tante sprangen herbei, als sie den Vorfall bemerkten. Der Tante wurde dabei mit einem Gummigeschoss ins Bein geschossen, sein Vater umgestossen. L.R. wurde von den Soldaten zu einem Militärjeep geschleppt und mitgenommen. Der kleine Junge wurde in Anwesenheit seiner Mutter während drei Stunden verhört. Seit dem Vorfall leidet L.R. unter Schlaflosigkeit, Bettnässen und der Angst, das Haus zu verlassen.



Inhaftiert: L.R., acht Jahre alt, Foto: Samer Hazboun

Beispiel 2: Der Cousin des 16-jährigen I.B. wurde an einem israelischen Checkpoint erschossen, als er 15 war. Die Soldaten vermuteten, er trage einen Sprengstoffgürtel, da in seinem Ohr ein Kabel steckte. Später stellte sich heraus, dass es sich um das Kabel seines Handys handelte. In Erinnerung an seinen Cousin hängte I.B. Plakate mit dessen Bild in der Nachbarschaft an die Hauswände. Dies wurde vom israelischen Militär als krimineller Akt eingestuft. I.B. verbrachte vier Tage im Gefängnis sowie 18 Tage in Einzelhaft. Er war danach nicht mehr in der Lage, weiter die Schule zu besuchen.

Beispiel 3: Im Jahr 2011 wurde der Jugendliche B.A. zum ersten Mal verhaftet. Kurz nach der Freilassung wurde er krank und ins Spital gebracht. In dieser Zeit kamen israelische Soldaten ins Haus seiner Familie, um ihn zu verhaften, da er erneut auf einer Fahndungsliste stand. Als sie ihn dort nicht vorfanden, verhafteten sie stattdessen seinen Bruder. Die Soldaten boten der Familie an, ihn im Austausch zu B.A. freizulassen, andernfalls drohten sie, das Spital zu stürmen. Die Operation „Austausch“ fand um 6 Uhr morgens statt und wurde in Anwesenheit des medizinischen Personals gefilmt. B.A. ist immer noch in Haft und hat bereits

acht Gerichtsverhandlungen hinter sich. Ihm wird u.a. vorgeworfen, an einer friedlichen Demonstration gegen die Besatzung teilgenommen zu haben. Gemäss israelischem Militärrecht sind alle palästinensischen Proteste illegal. B.A. darf keine Familienbesuche empfangen.

Einzelhaft und nächtliche Verhaftungen

Ein zunehmender Anteil von palästinensischen Kindern, die von israelischen Besatzungstruppen festgenommen werden, ist Einzelhaft, harten Verhören und Misshandlungen ausgesetzt. Dies ist einem neuen Bericht von Defence for Children International – Palestine Section (DCI) zu entnehmen.⁴

„In 21,4 Prozent der Fälle, die DCI im Jahr 2013 untersuchte, wurden die von israelischen Sicherheitskräften verhafteten Kinder in israelische Militärgefängnisse gebracht und für die Zeit der Verhöre in Einzelhaft gehalten. Dies entspricht einer Steigerung von 2 Prozent seit 2012“ (Zitat aus der Pressemitteilung vom 12. Mai 2014).⁵ DCI Palestine sammelte im Jahr 2013 98 eidesstattliche Erklärungen von palästinensischen Kindern im Alter von 12 bis 17 Jahren. Die beunruhigenden Ergebnisse der Untersuchung basieren auf 40 Fällen

von Einzelhaft, die im Jahr 2013 dokumentiert wurden.

In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (34 von 40) werden Kinder bei ihren Festnahmen im Haus ihrer Familie aus ihren Betten gerissen. Die Kinder „werden oft durch den Lärm der an die Tür hämmernden israelischen Soldaten aufgeweckt, der solange andauert, bis ein Familienmitglied die Türe öffnet, oder sie werden direkt durch die Erstürmung des Hauses aus dem Schlaf gerissen“. Anschliessend werden „alle Bewohner des Hauses, unabhängig von ihrem Alter, in einem Zimmer oder vor dem Haus versammelt und gezwungen, sich ausweisen. Im Allgemeinen wird während der Razzia das gesamte Haus durchsucht.“

Die Kinder oder deren Eltern werden selten über die Vorwürfe informiert und der Moment der Verhaftung ist gemäss Bericht „wahrscheinlich das letzte Mal, in dem die Familie ihr Kind zu sehen bekommt, bis es nach unbestimmter Zeit der Einzelhaft und der Verhöre vor einem Militärgericht erscheint. Sobald die Soldaten das Kind identifiziert haben, werden seine Hände mit Kunststoffbändern auf den Rücken gefesselt. Die Kinder werden mit verbundenen Augen zu einem Militärfahrzeug geführt.“



Inhaftiert: I.B., 16 Jahre alt, Foto: Samer Hazboun

Mehr als die Hälfte der Kinder berichtet, bei der Festnahme und dem Transfer zum Verhör in einem der israelischen Militärgefängnisse körperliche Gewalt erlitten zu haben. Die Gefängnisse unterstehen der Kontrolle des israelischen Strafvollzugs und/oder der Geheimpolizei Shin Bet. Einige der israelischen Militärgefängnisse werden von der internationalen Sicherheitsfirma G4S ausgestattet.

Im Durchschnitt verbringen die Kinder 10 Tage in Einzelhaft. Es gibt aber auch Fälle, in denen Kinder bis zu 29 Tage in Isolationshaft verbleiben müssen. Kinder, die in der Strafanstalt Kishon festgehalten wurden, erzählten, in einer kleinen, fensterlosen Zelle eingesperrt worden zu sein, die während 24 Stunden am Tag durch eine schwache Glühbirne erleuchtet wurde. Dort mussten sie auf dem Boden, auf einem Betonbett oder auf einer dünnen Matratze, die sie häufig als „schmutzig“ und „übelriechend“ beschrieben, schlafen. „Die Zellenwände“, berichteten die Kinder weiter, „sind grau und haben scharfe oder grobe Vorsprünge, die schmerzen, wenn man sich anlehnt.“

Erzwungene Geständnisse

Die Kinder erhalten während der Zeit im Gefängnis weder Rechtsbeistand noch wird ihnen der Kontakt mit ihrer

Familie zugestanden. Sie werden selten über ihre Rechte informiert, auch nicht über das Recht, zu schweigen. Die Kinder werden längeren Verhören (oft auf Hebräisch, was sie nicht verstehen) unterzogen.

Die meisten Kinder werden angeklagt, Steine geworfen zu haben, „eine Straftat, die je nach Alter des Kindes zu einer Strafe von bis zu 20 Jahren führen kann“. Dieser Vorwurf kann aber auch als Vorwand benutzt werden, um die Kinder zu zwingen, den israelischen Sicherheitskräften nützliche Informationen zu liefern.

„Bei den Verhören wird in der Regel starker psychischer und körperlicher Druck ausgeübt, der häufig aus einer Mischung aus Einschüchterungen, Drohungen und körperlicher Gewalt zum klaren Zweck der Erpressung eines Geständnisses besteht.“ DCI Palestine stellt fest: „Anbrüllen und Einschüchterungen werden regelmäßig eingesetzt, um Geständnisse, belastende Aussagen und Informationen über Nachbarn oder Familienmitglieder zu entlocken.“

Während der Verhöre werden die „Kinder gezwungen, oft während mehrerer Stunden auf einem am Boden befestigten, niedrigen Metallstuhl zu sitzen, an den sie mit Händen und Füßen gefesselt sind“. In 31 von 40 Fällen berichten Kinder, einer

solchen Tortur ausgesetzt gewesen zu sein. Ein angeklagtes Kind in einer solch schmerzhaften Position für lange Zeit auf einem Stuhl gefesselt zu halten, ist die am häufigsten festgestellte Form von Misshandlung in israelischen Gefängnissen.

Die Rolle von Informanten

Nach dieser schmerzhaften und einschüchternden Behandlung sind Kinder psychisch verwundbar. Israelische Vernehmungsbeamte nutzen dies aus. Nach vielen Tagen der Isolationshaft und längeren Verhören wird ein Kind darüber informiert, dass die Befragung vorbei sei und dass es in eine Gefängniszelle transferiert werde. Sobald das Kind in einer typischen Gefängniszelle ankommt, wird es dort von einem erwachsenen Mitgefangenen freundlich empfangen und erhält von ihm oft auch warmes Essen, Zigaretten oder andere Annehmlichkeiten. Der Erwachsene versucht, das Vertrauen des Kindes zu gewinnen, indem er mit ihm Informationen über die Familie oder Mitglieder der Gemeinde austauscht. Oft horcht er das Kind über dessen Verhör aus oder bietet an, andere Personen ausserhalb des Gefängnisses zu warnen.

Nach ein oder zwei Tagen wird das Kind wieder zum Verhör gebracht, wo es oft mit einer Audio-Aufnahme seiner Aussagen konfrontiert wird. Während dieses Verhörs erkennt das Kind zum ersten Mal, dass der erwachsene Gefangene ein Informant ist, der mit Offizieren des israelischen Geheimdienstes zusammenarbeitet, und

Die britische Sicherheitsfirma G4S

steht seit Jahren in der Kritik internationaler Menschenrechtsorganisationen. BDS Schweiz kritisiert in einem Brief an die Behörden von April 2014, dass die Schweiz ihre Botschaft in Tel Aviv und das Büro der DEZA in Jerusalem von G4S bewachen lässt, das 2013 für den Public Eye Award für verantwortungslose Unternehmen nominiert war. (www.bds-info.ch)

dass die Interaktion mit dieser Person Teil des Verhörprozesses ist. Nach der Konfrontation mit dieser Realität sind die Kinder in der Regel bereit, ohne Zugang zu weiterer Beratung ein Geständnis bezüglich der ihnen während der Vernehmungen gemachten Vorwürfe abzulegen.

Straflosigkeit

Der Bericht von DCI Palestine wurde einer Reihe von UN-Gremien ausgehändigt. Er weist auf die völlige Straflosigkeit hin, die Israel bis anhin genießt und die dafür sorgt, dass israelische Behörden unkontrolliert mit der Anwendung solcher Missbräuche und Völkerrechtsverletzungen fortfahren können.

Im Jahre 2013 hat DCI Palestine bei den israelischen Behörden 15 Beschwerden betreffend Misshandlungen und Folter von Kindern während der israelischen Militärhaft eingereicht. Der oben erwähnte Bericht stellt fest, dass „nicht eine einzige Klage gegen einen Täter erhoben wurde, und in vielen Fällen ist unklar, ob überhaupt eine Untersuchung eingeleitet worden ist“.

Der Bericht von DCI Palestine reiht sich ein in eine Masse von weiteren Beweisen über Israels systematische Misshandlung und Tötung von palästinensischen Kindern, darunter frühere Berichte von DCI Palestine, B'Tselem, Human Rights Watch, Amnesty International, Unicef und CRC. Im Dezember letzten Jahres enthüllte zudem die Interessengruppe Public Committee Against Torture in Israel, dass die israelischen Behörden palästinensische Kinder während eines schweren Wintersturms in Käfigen eingesperrt hatten, die sich im Freien befanden.

Während diese Vorkommnisse in israelischen Medien selten bis nie zur Sprache kommen, mehren sich seitens europäischer PolitikerInnen und NGOs die Reaktionen und Proteste. So führte beispielsweise das niederländische Parlament nach der Veröffentlichung des CRC-Berichts im Jahr 2013 eine lebhafte Debatte durch, bei der sich sogar ein rechtsgerichteter Abgeordneter, der traditionellerweise



Inhaftiert: B.A., 15 Jahre alt, auf dem Foto, das seine Mutter in der Hand hält, Foto: Samer Hazboun

Israel und seine Politik ohne Vorbehalte unterstützt, der Kritik an Israels Vorgehen anschloss.

Aus Anlass des Besuchs von Papst Franziskus im „Heiligen Land“ im Mai 2014 riefen 200 Bischöfe, Kleriker, Ordensangehörige und Theologen aus England in einem offenen Brief dazu auf, sich gegen das herrschende System der israelischen Regierung und Armee von Entführung, Inhaftierung und vorsätzlicher Misshandlung von palästinensischen Kindern und für das Ende der Besatzung und Kolonisierung der palästinensischen Gebiete auszusprechen.⁶

Der offene Brief soll der erste Schritt in einer umfassenderen Kampagne sein, um religiöse und andere Gemeinschaften zu informieren und aufzufordern, die bestehenden Bemühungen zu unterstützen, gegen die Misshandlung von palästinensischen Kindern sowie die Besatzung an sich zu protestieren. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Aufruf weltweit ernst genommen wird. Der Misshandlung von palästinensischen Kindern durch israelische Sicherheitskräfte muss endlich ein Ende gesetzt werden.

1 Children in Israeli Military Detention. Observations and Recommendations, Unicef, 6.3.2013

2 Committee on the Rights of the Child, Concluding Observations, 4.7.2013, CRC/C/ISR/CO/2-4

3 Detained: Testimonies from Palestinian children imprisoned by Israel, +972, 19.4.2013

4 Solitary confinement for Palestinian children in Israeli military detention, DCI Palestine 1.5.2014, dcipalestine.org, und Children describe torture in Israeli solitary confinement, Electronic Intifada, 12.5.2014, electronicintifada.net

5 Rising Numbers of Palestinian Children subjected to Solitary Confinement, DCI Palestine, 12.5.2014, dcipalestine.org

6 Faith leaders urge Pope Francis to denounce Israel's abuse of Palestinian children, Blog Ali Abunimah, electronicintifada.net

Petition für Kinderrechte

Im September 2013 hat die Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden eine von zahlreichen Organisationen mitgetragene Petition unter dem Titel „Palästinensische Kinder – verhaftet, verhört, inhaftiert: Für ein Ende der Verletzung der Kinderrechte“ eingereicht. Sie fordert den Bundesrat auf, gegenüber Israel nicht nur die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern, sondern gegebenenfalls Sanktionen zu ergreifen. Bisher wurde das Anliegen in Parlament und den Kommissionen nicht wirklich aufgegriffen. Die Petition und weiterführende Infos finden sich unter <http://www.nakbabern.ch/kontakt.htm>

Queer in Palästina

Alex de Joong

Conchita Wurst hat den Eurovision Song Contest gewonnen und damit gezeigt, dass die Akzeptanz von Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen (LGBT) in vielen europäischen Ländern zugenommen hat. Wie steht es eigentlich um deren Situation in Palästina? Alex de Joong hat mit Haneen Maikey, der Direktorin der palästinensischen Queer-Organisation Al-Qaws, gesprochen.



Haneen Maikey an einer Diskussion im Rahmen der Israeli Apartheid Week, London, Februar 2014, zum Thema: Liberation in Palestine, A Queer Issue

Alex de Joong: Mit welchen Problemen sieht sich die Queer-Gemeinschaft in der palästinensischen Gesellschaft konfrontiert? Hier überhäuft man uns mit Informationen über den zunehmenden religiösen Fundamentalismus ...

Haneen Maikey: Ich glaube nicht, dass der religiöse Fundamentalismus im Alltag eine Rolle spielt. Die palästinensische Gesellschaft ist sehr säkular, obschon es Frauen gibt, die den Hijab tragen, und Männer, die sich einen Bart wachsen lassen. Ich lebe in Jerusalem und verbringe viel Zeit im Westjordanland. Ich sehe aber keine extremistische Sturmflut, die zur Wiederbelebung der Religion aufruft. Ich denke, dass ich im Westjordanland schon mehr Bier getrunken habe als in Tel Aviv. Aber die pa-

lästinensische Gesellschaft ist sehr unterschiedlich, ein Teil der Bevölkerung lebt in Städten, der andere in kleinen Dörfern. Es kann also nicht von einer einheitlichen Erfahrung gesprochen werden.

Die palästinensischen Queer innerhalb und ausserhalb von Israel und den besetzten Gebieten sind mit zwei unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Da sind einerseits universelle Schwierigkeiten, wie wir sie auf der ganzen Welt antreffen: sich isoliert fühlen, in einer heterogenen Gesellschaft aufwachsen, eine Krise durchleben, weil man eben anders ist. Und andererseits die Homophobie, ebenfalls eine universelle Herausforderung, die jeden homosexuellen Menschen betrifft.

Natürlich hat die palästinensische Gesellschaft ihre Eigenheiten: Sie ist beispielsweise sehr patriarchalisch. Ein jüngerer Bruder hat hier das Recht, seiner Schwester zu sagen, was sie zu tun hat. Eine andere Eigenheit ist das Tabu, über Sexualität zu sprechen, und dies gilt auch für heterosexuelle Personen. Über Homosexualität zu sprechen bedeutet folglich, den Dialog über Sexualität ganz allgemein zu fördern. Wir verstecken unsere Neigung nicht, ob lesbisch, schwul oder was auch immer, aber von Sexualität zu sprechen, ist die Voraussetzung, um das Thema überhaupt anzugehen.

Es ist möglich, dass bestimmte Menschenrechts- oder Frauengruppen keinen Kontakt mit uns möchten. Aber da die Problematik der Queer das Thema Sexualität ganz allgemein beinhaltet, können sie nicht dauernd auf Distanz zu uns gehen. Sexualität ist nicht ausschliesslich eine Schwulenfrage. Frauengruppen, Menschenrechtsgruppen, die LGBT-Gruppen, wir alle haben etwas zu diesem Thema zu sagen.

Die zweite Herausforderung für uns besteht darin, zwei Minderheiten anzugehören: PalästinenserIn und Queer zu sein. Es ist unmöglich der Diskriminierung zu entgehen, die du als „AraberIn“ oder „PalästinenserIn“ erfährst. Nicht jede Diskriminierung ist systematisch oder organisiert. Sie kann von Leuten ausgehen, die sich beim Einkaufen wegen deines Akzents über dich lustig machen, oder von jemandem, der dir im Bus sagt, dass er dich nicht Arabisch sprechen hören will. Bis zu den SoldatInnen, die dich anhalten. Der Rassismus durchdringt alles. Die Menschen im Westjordanland sind in ihrem Alltag mit der Besatzung konfrontiert. Die Bewegungsfreiheit ist durch unzählige Kontrollposten eingeschränkt. Wir müssen gleichzeitig der Homophobie in der palästinensischen und in der israelischen Gesellschaft sowie der Besatzung und dem Rassismus die Stirn bieten.

Welches ist der spezifische Beitrag einer Queer-Gruppe wie Al-Qaws für die Befreiungsbewegung Palästinas?

Ich glaube, dass die am stärksten Marginalisierten gewaltig von einer sozialen Veränderung profitieren könnten und sie deshalb auch am engagiertesten vertreten. Du hast die Wahl, konkret über Homosexualität zu sprechen und für die Rechte der Homosexuellen zu wirken. Aber du kannst auch von Sexualität ganz allgemein und anderen Modalitäten marginalisierter Sexualität sprechen. Du kannst über Menschenrechte und jegliche Form von Unterdrückung sprechen, die du kennst. Darin besteht unsere Arbeit: Wir wollen andere Fragen einbeziehen, uns nicht nur auf die homosexuelle Welt beschränken. Wir wollen beispielsweise die Menschen miteinbeziehen, die sich wegen ihres Geschlechts unterdrückt fühlen oder die nicht heiraten wollen.

Wir sind uns bewusst, dass verschiedene Gruppen versucht haben, die Queer-Frage in Palästina zu instrumentalisieren. Zum Beispiel haben uns gewisse palästinensische Gruppen beschuldigt, „verwestlicht“ zu sein. Es gibt auch das klassische

Argument der Liberalen, die sagen, dass Sexualität nicht politisch sei, dass sie nur das Privatleben der Menschen betreffe. Die israelische Regierung benützt die Problematik der Rechte von Homosexuellen dazu, um den Anschein zu erwecken, Israel sei eine Art „Schwulenparadies“ im Nahen Osten. Und um die palästinensische Gesellschaft „der Homophobie von innen heraus“ anzuklagen.

Eine unserer wichtigsten politischen Kampagnen besteht darin, dem, was im Englischen Pinkwashing genannt wird, entgegenzusteuern. Dieses Pinkwashing ist Teil einer umfassenderen Kampagne der israelischen Regierung: der zynische Verweis auf die relativ fortschrittlichen fortschrittlichen Rechte in Israel, die von den Menschenrechtsverletzungen in diesem Kontext ablenken sollen.

Die BDS-Kampagne wird auf internationaler Ebene stärker. Was ist deine Erfahrung damit?

Dieser Aspekt unseres Kollektivs ist noch jung: PQBDS (Palästinensische Queer für BDS) ist erst vor einigen Jahren entstanden. Wir haben beispielsweise AkademikerInnen und KünstlerInnen aufgefordert, israeli-

sche Institutionen, die Beziehungen zur Regierung unterhalten, zu boykottieren. Aus unserer Sicht kam der beste Impuls – zumindest in Europa – von der Kampagne gegen die Entscheidung der IGLYO (Internationale Organisation schwuler, lesbischer, bisexueller und transsexueller Jugendlicher und StudentInnen), ihre Generalversammlung im Dezember 2011 in Tel Aviv abzuhalten. Die IGLYO vertritt rund 75 Organisationen, und die damalige Kampagne hat uns ermöglicht, unser Anliegen einer grossen Zahl internationaler Gruppen nahezubringen.

Haneen Maikey lebt in Jerusalem und ist Leiterin von Al-Qaws, einer Basisorganisation, die sich für die Rechte der Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen einsetzt. Al-Qaws kämpft für eine Gemeinschaft, in der sich die Menschen frei zu ihrer sexuellen Identität bekennen können. Dieser Kampf nimmt es mit den sexuellen Hierarchien und den aktuellen Kategorien zwischen den Geschlechtern in der palästinensischen Gesellschaft auf und versucht, diese zu brechen.

Diverse Videos mit Haneen Maikey zum Thema Queer und Palästina im Internet.



FERIEN OHNE KOMPROMISSE. ENDLICH RELAXEN!

Postkartenaktion der Kampagne „Augen auf beim Ferienkauf“ des Arbeitskreises Tourismus und Entwicklung (AKTE), elektronisch und gedruckt erhältlich unter www.fairunterwegs.org > aktuell > aktionen > aktiv werden

SUM O U D

Olivenöl aus Palästina

Der Verein SUMOUD importiert naturbelassenes Olivenöl bester Qualität von Bauern-Kooperativen im besetzten Westjordanland mit dem Ziel, einen möglichst grossen Anteil des Erlöses den Produzenten zu überlassen. Das SUMOUD-ÖL wird in der Regel in ehrenamtlicher Tätigkeit an öffentlichen Ständen von Mitgliedern der Solidaritätsbewegung verkauft.

Bezug

► **Basel:** jeden letzten Samstag im Monat vor der Buchhandlung Bider und Tanner sowie im Hirscheneck

► **Zürich:** Das SUMOUD-Öl kann ab sofort während der Geschäftszeiten bei Orient Catering an der Weinbergstrasse 22 (gleich beim Bahnhof/Central) bezogen werden. Eine Flasche à 750 ml kostet 21 Franken

Wandern im besetzten Land

Hanspeter Gysin

Eine der tausend Widerstandsformen der palästinensischen Bevölkerung gegen die Besetzung Israels sind die von Gruppen der Zivilgesellschaft organisierten Einladungen an Auswärtige, die eingemauerten Gebiete zu besuchen und sich ein eigenes Bild von Charakter und Lebensumständen der Menschen dort zu machen.



Taufe im Jordan

Während die PalästinenserInnen die besetzten Gebiete nicht oder nur unter erschwerten Umständen verlassen können, zwingen internationale Tourismusabkommen Israel dazu, ausländischen TouristInnen den Zugang zu den besetzten palästinensischen Restgebieten zu erlauben.

Während die palästinensischen BewohnerInnen nicht selten willkürlicher Gewalt ausgesetzt sind, werden TouristInnen in der Regel selbst von den fanatischen SiedlerInnen nicht behelligt. Zu sehr würden Berichte im Ausland die israelische Tourismusindustrie schädigen. So ist es ohne Weiteres möglich und sogar empfehlenswert, einmal eine solche Reise zu machen. Weil die Besatzungssituation jedoch Geländekenntnis erfordert, ist eine ortskundige Führung unumgänglich.

Angebote für Führungen durchs Gelände werden von mehreren NGOs angeboten, allen voran die Alternativ Tourism Group (ATG). Mittlerweile bieten auch schweizerische Reiseveran-

stalter Wanderreisen von ATG an. Wir habe an einer solchen teilgenommen.

ATG arbeitet nach den Prinzipien des gerechten Handels und des naturbewahrenden Tourismus, um insbesondere der lokalen Gemeinschaft bei der wirtschaftlichen Entwicklung Unterstützung zu leisten und den kulturellen Austausch zwischen BesucherInnen und GastgeberInnen zu fördern. Wesentliches Ziel ist, Wissen über die Lebensbedingungen Palästinas und seiner Menschen zu vermitteln und so eine Perspektive zu einer gerechten Friedenslösung zu eröffnen. Auch Bikertouren und Gruppeneinsätze zur Mithilfe bei der Olivenernte im Herbst gehören zum Programm.

Der auf Wanderreisen spezialisierte Reiseveranstalter Imbach Reisen, Luzern bietet jeweils in den Frühlingsmonaten mehrere Varianten von Wanderungen in Zusammenarbeit mit ATG an. Sie werden von geländekundigen einheimischen Guides begleitet. Die zwölf-tägige Tour kostet,

inklusive Flug und Übernachtungen bei Privaten sowie in einigen palästinensischen Hotels, rund 3000 Fr. pro Person. Insgesamt werden etwa 150 Kilometer zu Fuss zurückgelegt.

Unvermeidlich ist natürlich der Besuch der unzähligen religiösen Kultstätten. Man geht quasi von Kirche zu Kirche und von Kloster zu Kloster und lässt sich von Lametta blenden, von Weihrauch betören und von Chorgesängen beeindruckt. Das gehört eben zur historisch-kulturellen Begleitmusik einer solchen Reise. Höhepunkt ist die „Taufstätte Jesu“ bei Jericho, an der sich die wirklich Gläubigen in ritueller Hingabe bis zu den Haaren in der Kloake des Jordan-Rinnsals untertauchen lassen.

Die eindrucklichsten Momente der Reise

Um etwaige vorgeschobene Einreisebehinderungen zu vermeiden, begann die Reise, noch auf israelischem Territorium, in Nazareth, der mehrheitlich arabisch-christlichen Stadt im nördlichen Bezirk Israels, Galiläa. Bereits hier zeigen sich die ersten Anzeichen des ungestümen zionistischen Landeroberungsdrangs, mit dem noch immer versucht wird, die einheimische arabische Bevölkerung zugunsten jüdischer Ansiedlung zu verdrängen. Oberhalb der Stadt erhebt sich der auf konfisziertem Land angelegte neue Stadtteil Nazareth Illit, Ober-Nazareth. Eine Ansiedlung, die möglichst jüdisch gehalten wird und mit massiven staatlichen Subvention riesige Gebäudekomplexe installiert, die wie eine Krake nach und nach die umliegenden Hügel unter sich begraben, während dem palästinensischen Stadtkern jede Expansionsmöglichkeit verwehrt ist.

Jenin und der Norden der besetzten Gebiete

Am zweiten Tag erfolgte der beeindruckende Eintritt in das palästinensische Freiluftgefängnis, am Kontrollposten Jalama nördlich von Jenin. In Einerkolonne werden die Menschen mit ihrem Gepäck zu Fuss durch einen langen vergitterten Korridor ge-

schleust, aus dem es im Ernstfall kein Entweichen gibt. Der „Checkpoint“ ist links und rechts von einer etwa acht Meter hohen Mauer mit hohen Wachtürmen gesäumt. Am Tag der Einreise ist Sabbat und ein paar Uniformierte stehen mit ihren Maschinenpistolen gelangweilt herum und herrschen im Befehlston Leute an, die ein Foto von der furchterregenden Szene schiessen möchten. Doch man wird, diesmal, ohne lange Wartezeit durchgelassen. Die politische Lage ist momentan so ruhig, dass arabischstämmige Israelis sogar mit ihren Fahrzeugen zum Einkauf in die besetzten Gebiete hereingelassen werden. Die Preise für viele Lebensmittel sind dort halb so teuer wie auf israelischem Territorium. Durchgelassen werden nur Fahrzeuge mit den gelben Autoschildern Israels. Wären Widerstandshandlungen bemerkbar, würde der Kontrollposten unverzüglich mit einem riesigen Stahltor geschlossen.

Das Theater der Freiheit im Flüchtlingslager von Jenin (www.thefreedomtheatre.org) gründet auf einer Initiative palästinensischer Theaterpädagogen und Kulturschaffender. Das Projekt geht von der Überzeugung aus, dass Kulturpflege als Mittel gegen Apathie und Hilflosigkeit vor allem der Jugend ein wesentlicher Beitrag zur Befreiung Palästinas ist. So wurde das Theater auch mehrmals von der israelischen Armee gestürmt und sein ehemaliger Leiter, Sohn eines Palästinensers und einer Israelin, wurde vor Jahren von Unbekannten erschossen. Kein leichtes Unterfangen, unter solchen Umständen Kultur zu produzieren.

Zababde, eine mehrheitlich christliche Stadt

Von Jenin aus geht die Wanderung durch eine pittoreske Landschaft, über Hügel, durch Täler und ausgetrocknete Bachläufe mit einer beeindruckenden Flora, in der sich hin und wieder eine einsame Schildkröte oder ein Camäleon zeigen, zur kleinen Stadt Zababde. Der freundliche Empfang durch die Gastfamilie



Der Kontrollposten bei Jenin

täuscht nicht darüber hinweg, dass die Verhältnisse ärmlich sind. Trost spendet Father Khoury, ein griechisch-orthodoxer Priester, der grossen Wert darauf legt, uns zu zeigen, dass seine Kirche gleich an die benachbarte Moschee angrenzt und er eine gutnachbarschaftliche Beziehung mit dem dortigen Imam pflegt.

Eindrücklich ist auch der nächste Übernachtungsort, das Flüchtlingslager Al Fara. Um der deprimierenden Stimmung und der Perspektivlosigkeit der Jugend etwas entgegenzusetzen, wird grosser Wert auf kulturelle, aber auch disziplinierende Tätigkeit der Jugend gelegt. Nebst einem eher militärisch anmutenden Willkommensspazier der örtlichen Pfadfindergruppe wird uns durch eine Jugendgruppe der nationale Tanz Dabke vorgeführt. Für Schweizer Gewohnheiten unüblich, aber sehr berührend, singt uns der Gastgeber am Abend dann noch patriotische Lieder vor. Und seine Tochter, die ihr Zimmer für die Gäste vorübergehend räumen musste, hat als kleinen Akt des Widerstands mit Kreide an die Tür gemalt: „This is a girl’s room“.

Es fällt auf, dass an beinahe jeder Ecke Tafeln angebracht sind, die darauf hinweisen, welches westliche „Hilfswerk“ die Strasse oder eine sonstige Einrichtung finanziert hat. Für PalästinenserInnen muss es unendlich demütigend sein, überall darauf aufmerksam gemacht zu wer-

den, dass sie in der finanziellen Abhängigkeit derselben Staaten stehen, die Israels Besatzungspolitik politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützen.

Nablus im zentralen Westjordanland ist eine Stadt an strategisch wichtiger Stelle in einem Talkessel. Sie ist umgeben von illegalen jüdischen Siedlungen, die ihre Entwicklung behindern und das jüdische Herrschaftsgebiet stetig und schleichend ausweiten. Eindrücklich wird uns auf dem Weg aus der Stadt vor Augen geführt, wie Itamar, eine kleine jüdische Siedlung mit wenigen hundert fanatischen EinwohnerInnen einen ganzen Hügelzug von der Grösse einer Stadt in Anspruch nimmt und jeden Palästinenser, der in die Nähe kommt, mit dem Leben bedroht. Das palästinensische Dorf Yanun am Fusse des Hügels musste, wird uns erzählt, vor Jahren aufgrund andauernder gewalttätiger Übergriffe der SiedlerInnen von der Bevölkerung verlassen werden.

Nach einem Zwischenhalt im Dörfchen Duma, weiter südlich, im bedrohlichen Schatten der jüdischen Siedlung Mizbeh Rahel, geht die Wanderung in langem Marsch dem Wadi Auja, einem ausgetrockneten, teilweise canyonartigen Flussbett entlang, Richtung Jordantal. Sichtbar führen diese Wadis Wasser nur, wenn die wenigen, aber heftigen Winterregen fallen. Doch da, wo dieses Fluss-

Impressum

Palästina-Info Sommer 2014, Auflage 2000

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4020, 4002 Basel

Layout: Georg Iliev

www.palaestina-info.ch

info@palaestina-info.ch

Besten Dank für Ihre Spenden auf PC 40-756856-2

Dank an Human Rights Watch für die Rechte zur Verwendung ihrer Bilder.

bett in der Ebene des Jordantales ankommt, sprudelt, zum Erstaunen der Wanderer, plötzlich Wasser in immenser Menge aus dem Felsengrund. Dieses wird nach wenigen hundert Metern auf einem umzäunten, mit den Insignien der staatlichen israelischen Wasserbehörde Mekorot versehenen Gelände gefasst und in einer unterirdischen Pipeline weitergeleitet. Dieses Wasser, wird uns von den einheimischen Wanderführern erklärt, steht von dem Moment an ausschliesslich den jüdischen Siedlungen im faktisch annektierten Jordantal zur Verfügung. Den einheimischen Palä-



Zutritt verboten – Wasserfassung der israelischen Wasserbehörde. Die Quelle Auja ist die grösste an der Ostflanke des besetzten Westjordanlandes mit einer durchschnittlichen Jahresleistung von 9.5 Mio m³



Die Verdrängung in Ostjerusalem findet Haus um Haus statt.



Ohne Duldung der Besatzung keine Strasse

stinenserInnen in den Dörfern der unmittelbaren Umgebung wird dieses Wasser vorenthalten und sie sind in der Folge gezwungen, Wasser für die Tränke ihrer Tiere und die Bewässerung ihrer Felder aus weniger ergiebigen Quellen, oft weit weg von ihren Wohnorten, mittels fahrbaren Zisternen zu holen.

Im Beduinencamp, in dem die Wandergruppe zu Gast ist, haben es findige Leute geschafft, die unter ihrem Land durchgehende Pipeline an einer Entlüftungsvorrichtung anzuzapfen und so Wasser, das ihnen vorenthalten wird, zurückzuholen. Am Abend tauchen aus allen umliegenden Tälern kleine Traktoren mit Tankanhängern auf, um im Dämmerlicht ihre Tanks zu füllen und wieder an ihre Wohnorte zurückzukehren. An der Hauptstrasse stehen Wachen mit Walkie-Talkies, um Alarm zu schlagen, sollte unvermittelt die israelische Armee auftauchen. Na-

türlich, wird uns gesagt, ist dies strafbar und die Israelis wüssten schon irgendwie, dass da etwas geschieht, aber es werde vorläufig geduldet, im Wissen, dass alles in kürzester Frist verhindert werden könnte. Ist die Geduld der Armee erschöpft, passiert, was bereits mehrmals geschehen ist: Es kommen ein paar hundert Soldaten mit Bulldozern und machen die Unterkünfte der halbnomadisierenden Beduinen platt. Man flüchtet mit Kindern und Tieren in die Täler, und sobald die Armee wieder weg ist, beginnt man den Wiederaufbau der Hütten. Eindrücklich, wie Menschen unter solchen Umständen ihren Alltag und ihr Überleben meistern und dabei Fremden gegenüber eine Gastfreundschaft beweisen, die ihresgleichen sucht.

Nicht viel anders sieht es bezüglich der Elektrizitätsversorgung aus. Das

Beduinencamp liegt unter einer mächtigen Hochspannungsleitung. Den Strom für ihre eigenen Bedürfnisse müssen die Leute mit alten, benzingetriebenen Stromgeneratoren erzeugen. Nachts blickt man dann vom dunklen Lager aus auf die hell beleuchtete illegale jüdische Siedlung Yitav am gegenüberliegenden Hügel.

Nach dem Besuch der Städte Jericho und Bethlehem mit ihren Sehenswürdigkeiten geht es auf in die hochwohlgelobte, heilige Stadt Jerusalem. Aber damit befindet man sich dann wieder im allgemeinen Strom des Nahost-Tourismus, und darüber gibt es, im Unterschied zum Geschilderten, bereits genügend Reisebeschreibungen. Nichtsdestotrotz, die drei Städte sind auch eine Reise wert.

Alle Fotos dieses Beitrags:
Hanspeter Gysin



Buchempfehlung

Die ATG hat einen Reiseführer herausgegeben, der mit 650 Seiten eher ein Nachschlagewerk zu allem ist, was Palästina betrifft, und so viel Wissenswertes enthält, dass er geeignet ist, eine ganze Bibliothek zu ersetzen. Das Inhaltsverzeichnis beginnt mit der Frühgeschichte Palästinas und endet mit nützlichen Hinweisen für den Besuch der Gegend.

Alternativ Tourism Group, Palästina. Reisehandbuch. Geschichte, Politik, Kultur, Menschen, Städte, Landschaften, dt. Ausgabe Palmyra, Heidelberg 2013, ISBN 978-3-930378-80-7; Original: Palestine & Palestinians. Guidebook, ATG, Beit Sahour, Palestine. Bestellungen über den Arbeitskreis Tourismus & Entwicklung zum Vorzugspreis von 35 Fr. (plus Versandkosten ca. 10 Fr.) info@akte.ch oder online unter www.fairunterwegs.org/shop